

vor 2 Stunden

Sondervermögen für Länder:
Kabinettschließt rechtliche...

vor 2 Stunden

Reisende sitzen stundenlang bei
Hitze in Bahn fest

vor 2 Stunden

Klimageräte und Ventilatoren
wegen Hitze stark gefragt

vor 2 Stunden

Trump droht Japan mit US-
Zöllen in Höhe von bis zu 35...

vor 3 Stunden

Spritpreise spürbar gesunken

vor 4 Stunden

Brüssel legt n
2040 fest - d

■

Eine Demokratie-Debatte

AfD bringt NGO-Gesetzentwurf in Bundestag ein – Union lehnt ihn „entschieden ab“

Mit einem neuen Gesetzentwurf plant die AfD-Fraktion, den regierenden Parteien die Möglichkeit zu nehmen, durch Finanzierung mit Steuergeldern von NGOs ein für sie günstiges politisches Umfeld in der Gesellschaft zu schaffen.

24



Bundestagsitzung am 27.06.2025.
Foto: via dts Nachrichtenagentur

Steffen Munter
30. Juni 2025

Lesedauer: 7 Min.

A⁺ A⁻

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen neuen **Gesetzentwurf** zum „Verbot der Finanzierung von parteinahen Nichtregierungsorganisationen aus öffentlichen Mitteln“ zur Debatte gestellt.

Das Ziel des Vorhabens ist es, „Zuwendungen an Vorfeldorganisationen von politischen Parteien“ durch Steuergelder zu unterbinden. Im Sinne des Gesetzentwurfs ist mit „Vorfeldorganisation“ eine Organisation gemeint, „die im politischen Meinungskampf für oder gegen eine politische Partei auftritt oder wesentliche Forderungen einer politischen Partei zur eigenen Zielsetzung macht“.

Als Begründung verweist die AfD auf das staatliche Neutralitätsgebot, welches verlange, dass sich „die Regierung nicht mit öffentlichen Mitteln, die von der Gesamtheit aller Steuerzahler aufgebracht werden, ein politisches Vorfeld finanzieren darf, das über die Beeinflussung der Wähler die Macht der Regierung sichert“.

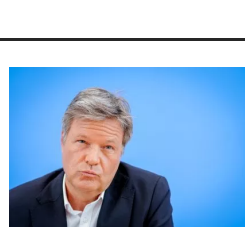
Während der **ersten Lesung** des Gesetzentwurfs am Freitag, 27. Juni 2025, verwies der AfD-Abgeordnete Tobias Matthias Peterka auf eine der großen Errungenschaften der Demokratie: Die Existenz eines nichtstaatlichen Gesellschaftsaspekts, frei von Vereinnahmung, Bewertung und in einem gewissen Grad Beeinflussung durch den Staat“.



Allerdings hätten in wachsendem Maße Nichtregierungsorganisationen (NGOs) umfangreiche Verbindungen in die Parteienlandschaft geschaffen und würden von dort finanziell versorgt, so der Vorwurf. Es gehe dabei um Hunderte Millionen Euro in jeder Legislaturperiode.

MEHR DAZU

Habeck-Fall im Bundestag: Keine Aufhebung der Immunität – kein Strafverfahren



Vom Gerichtssaal ins EU-Parlament – Antifa-Aktivistin erhält Immunität



Die Sache mit „Demokratie leben!“

Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion verwies dabei besonders auf das Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“, das im vergangenen Jahr 182 Millionen Euro vom Familienministerium erhalten hat. Peterka gab als Beispiel die seit 2020 insgesamt mit 2,4 Millionen Euro geförderte Nichtregierungsorganisation Bundesverband Trans (BVT).

Peterka zitierte Medienberichte, laut denen eine ehemals dort für Gewaltschutz zuständige Person in den sozialen Netzwerken verkündet habe: „Der Mord an unverantwortlich reichen Menschen ist nicht nur ethisch vertretbar, sondern gerade geboten.“ Folter sei zudem vollkommen in Ordnung, wie aus Screenshots des Postings hervorgeht ([hier](#) und [hier](#)).

Der BVT hat mittlerweile auf die „privaten Äußerungen eine*r ehemalige*n Mitarbeiter*in auf Social Media“ **reagiert**: „Der Bundesverband Trans distanziert sich klar und unmissverständlich von Aussagen, die Gewalt legitimieren oder relativieren, sowie von jeder Form der Gewaltverherrlichung“

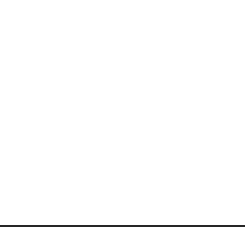
Union lehnt AfD-Gesetzentwurf „entschieden ab“

Lukas Krieger von der Union, stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, bezeichnete den Gesetzentwurf als zu weitreichend. Die AfD sei „mit dem groben Knüttel unterwegs, wo ein Skalpell vonnöten wäre“.

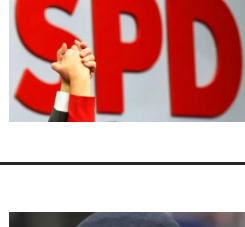
Der Rechtsanwalt kündigte an, dass die Regierung das „Programm demokratie leben!“ einer „unabhängigen Überprüfung“ unterziehen werde, so wie es im **Koalitionsvertrag** beschlossen war.

MEHR DAZU

Wird die SPD die „neue Linke“? – 48 Jungsozialisten rücken in den Bundestag auf



Rechtsanwalt Steinhöfel: „Totalitäres Bestrafungsfeber“ im Faeser-Bendels-Fall



Ein Pauschalverbot der Finanzierung von NGOs lehnte Krieger für die Union jedoch „entschieden ab“. Dieses würde nicht nur radikale Gruppen treffen, sondern auch andere. Krieger hatte den auf politisch agierende NGOs ausgerichteten AfD-Antrag ausgelegt, bis zum THW, der Feuerwehr und Ehrenamtlichen in den Fußballvereinen.

Baerbock in ihrem letzten Redebeitrag

Noch weiter vom eigentlichen Gesetzentwurf entfernte sich die anschließende Rednerin, die frühere Außenministerin Annalena Baerbock, in ihrem letzten Redebeitrag im Bundestag vor ihrem Ausscheiden. Es ging um Vertrauen, welches andere Länder Deutschland entgegenbrächten, „weil wir aus unserer Geschichte gelernt haben“. Die AfD sei zwar demokratisch gewählt worden, trage aber „in ihren Zielen etwas anderes“.

Baerbock zog die „Ziele aller demokratischer Parteien“ heran, die sie wie folgt definierte: „der Schutz der Demokratie, die Würde des Menschen, die Rechtsstaatlichkeit, die Freiheit, der Frieden“ so Baerbock – „weil wir Verfassungspatrioten sind“.

SPD sieht „Zensur durch die Hintertür“

Von der SPD sprach Martin Gerster, ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss, der den AfD-Antrag wie folgt beschrieb: „alles maximal unpräzise, bewußt unscharf und unklar gehalten“.

Das Ziel liege seiner Meinung nach jedoch darin, allen Organisationen, die Geld vom Bund bekommen, bei jeder politischen Äußerung befürchten müssen, dass ihnen der Geldhahn abgedreht werde. Gerster sprach gar von „Zensur durch die Hintertür“.

Die „Stoßrichtung“, für die sich die SPD einsetze, sei jedoch: Jenen den Geldhahn zuzudrehen, „die nicht einwandfrei auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und die als rechtsextrem eingestuft“ seien.

MEHR DAZU

„Das kann nicht gut gehen“: Professor Wolffsohns mahnende Warnung an die Medien

Verfassungsgericht: Geheimdienst-Kontrollgremium darf ohne AfD starten

AfD steht mit Gesetzesantrag alleine da

AfD-Abgeordneter Sebastian Maack sprach von der Neutralitätspflicht des Staates als eine der vier Säulen der Demokratie. Der Regierung sei es verboten, mit Steuergeldern die eigene Parteipolitik zu bewerben. Schauen man sich aber die Liste von „regierungsfinanzierten NGO-Projekten“ an, stoße man auf die „blumigsten Formulierungen“, dahinter gehe es aber um „Hass und Hetze gegen alle Konservativen, insbesondere gegen die AfD“ – was ein klarer Verstoß gegen die Neutralitätspflicht sei.

Als Beispiel brachte Maack den durch „Demokratie leben!“ geförderten Verein „Fulda stellt sich quer“, der es sich demnach ganz offen zur Aufgabe gemacht habe, „die AfD kaputtzumachen“.

In der Gesamtheit der Redner ergab sich eine Situation, dass die AfD mit ihrem Gesetzesantrag alleine dasteht – obgleich die Union Handlungsbedarf erkennen ließ, aber kein pauschales Verbot befürwortet.

MEHR DAZU

Auswärtiges Amt stellt finanzielle Unterstützung für zivile Seenotretter ein

„Wir bleiben unregierbar“: Mehrere hundert Teilnehmer an linken Demonstrationen gegen Wahlausgang

6. Juli 2019, Berlin – Solidaritätskundgebung für die Freilassung der deutschen Kapitänin der Sea-Watch 3, Carola Rackete, die am 29. Juni 2019 vor Lampedusa ein italienisches Polizeiboot gerammt hatte. Seit 2022 wurden sogenannte Seenotretter-NGOs mit staatlichen Geldern aus Deutschland bedacht. Die Budgetierung wurde in diesem Jahr beendet.
Foto: Omer Messinger/ AFP via Getty Images

AfD sieht Gefahr des Missbrauchs zur Machtsicherung und Wählerbeeinflussung

In dem **Gesetzentwurf** heißt es unter anderem, dass sogenannte NGOs nach **Definition** der Bundesregierung Gruppen oder Verbände seien die „gemeinsame Interessen vertreten, nicht gewinnorientiert und nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind“.

Eine staatliche (Teil-)Finanzierung sei problematisch, „weil sich die jeweilige Regierung auf Kosten der Steuerzahler ein politisches Vorfeld zur eigenen Machtsicherung schaffen kann“, steht in dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion.

Zudem sei es in hohem Maße bedenklich, dass durch solche staatlich (mit-)finanzierten Organisationen die Wähler beeinflusst würden. Der Entwurf verweist dazu auch auf die Demonstrationen gegen die CDU/CSU im Vorfeld der Bundestagswahl.

Im **Februar** stellte die Unionsfraktion noch als Oppositionspartei eine kleine Anfrage an die Bundesregierung, um nach den Brandmauer-Demonstrationen Licht in den Förderschemel von 551 NGOs mit politischen Ansätzen zu bringen. Im **März** kam die Antwort der zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Restampel-Regierung, wobei keine Anhaltspunkte für eine „Schattenstruktur“ hinter geförderten NGOs offengelegt wurden.

☆ Dieser Artikel hat mich besonders interessiert!

🗨 Stellen Sie eine Frage zum Artikel

Steffen Munter

Steffen Munter – Journalist und Autor. Er schreibt mit gesundem Menschenverstand über deutsche und internationale Politik, China und gesellschaftliche Entwicklungen.

Aktuelle Artikel des Autors

01. Juli 2025

Ehemalige Beraterin von New Yorker Gouverneuren nun auch wegen Maskendeals angeklagt

01. Juli 2025

Lang erwarteter WHO-Bericht zum Pandemie-Ursprung veröffentlicht

27. Juni 2025

Panik in Peking: Trumps Iran-Lektion legt Chinas Nerv offen

27. Juni 2025

Texas Gesetz gegen ausländische Landkäufe – wegen nationaler Sicherheit

24 KOMMENTARE

Bitte einloggen, um einen Kommentar verfassen zu können

Login

Klaus Brandt

vor 6 Stunden

Da sieht man wie der Hase läuft die Union will weiter machen mit Finanz spritzen aus unserem steuer Haushalt.. Für Leute die gegen uns arbeiten.. Jeden Tag

1

0

Antworten

ALBRECHT

vor 8 Stunden

WARUM wundert mich die Ablehnung des AfD Antrages NICHT? Wurden doch die Altparteien lautstarke Unterstützung verlieren. LRG musste die Antifa und Hammerbanden selbst...

1

0

Antworten

Zeitzeuge2

vor 20 Stunden

Dann war die Debatte um die Regenbogenflagge also doch nur eine Nebelkerze für konservative Mitglieder?

2

0

Antworten

24 KOMMENTARE

MEINUNG

René Gräber

Schwermetalle im Körper: Unterschätzte Gefahr oder übertriebene Panik?

Rolf B. Pieper

Platin macht Sprünge – die neue Diva der Rohstoffmärkte macht von sich reden!

Les Zhou

Chinas Bahn nach Iran – ein geopolitischer Gamechanger?

BEGRÜNDER VON FALUN GONG, LI HONGZHI, VERÖFFENTLICHT

Warum ist die menschliche Gesellschaft ein Ort im Nebel?

Mehr lesen ▶

Warum gibt es die Menschheit?

Warum will der Schöpfer alle Lebewesen erretten?

MEISTGELESEN

Datenlächer: Über 184 Millionen Passwörter entwichen – das sollten Sie jetzt tun

Rüsselsheim: 3 Stromausfälle in einer Woche – woran liegt es?

Lang erwarteter WHO-Bericht zum Pandemie-Ursprung veröffentlicht

Milliardenkürzung beim Bürgergeld geplant – Kommt die Stromsteuersenkung für alle?

Eier für starke Muskeln: So viele sollten Sie täglich essen



REDAKTIONSEMPFEHLUNG

Wie kann die Bundeswehr 80.000 neue Soldaten gewinnen?

Thor Heyerdahl als Vorbild: Steinzeit-Kanu bewältigt gefährliche Meeresströmung

CO₂-Preishammer vermeiden: Was Verbraucher jetzt tun können, um Kosten zu sparen

EPOCH TIMES PODCAST

Merz zu Regenbogenfahne am CSD: Bundestag „kein Zirkuszeit“ – Kritik von SPD

Milliardenkürzung beim Bürgergeld geplant – Kommt die Stromsteuersenkung für alle?

USAID stellt Arbeit offiziell ein – Rubio: „Kaum etwas voranzweisen“

EPOCH TV



Regierungspressekonferenz: Wachstumsbooster | Medienmanipulation | China ...

< • • • • • >

24 KOMMENTARE

Bitte einloggen, um einen Kommentar verfassen zu können

Login

Klaus Brandt

vor 6 Stunden

Da sieht man wie der Hase läuft die Union will weiter machen mit Finanz spritzen aus unserem steuer Haushalt.. Für Leute die gegen uns arbeiten.. Jeden Tag

1

0

Antworten

ALBRECHT

vor 8 Stunden

WARUM wundert mich die Ablehnung des AfD Antrages NICHT? Wurden doch die Altparteien lautstarke Unterstützung verlieren. LRG musste die Antifa und Hammerbanden selbst finanzieren...

1

0

Antworten

Zeitzeuge2

vor 20 Stunden

Dann war die Debatte um die Regenbogenflagge also doch nur eine Nebelkerze für konservative Mitglieder?

2

0

Antworten

24 KOMMENTARE

Regierungspressekonferenz: Wachstumsbooster | Medienmanipulation | China | CSD-Flagge auf Bundestag?

Bundeswirtschaftsminister: Keine Alarmstufe bei Gas mehr – trotz niedriger Füllstände

„Kurzschlüsse im Erdreich“? Energieexperte zu wiederholten Stromausfällen in Rüsselsheim

VITAL

Smartphone-Sucht verdreifacht Suizidrisiko bei Jugendlichen – praktische Tipps für Eltern

Schwermetalle im Körper: Unterschätzte Gefahr oder übertriebene Panik?

Eier für starke Muskeln: So viele sollten Sie täglich essen